

VOGELSBERG



Umgehungsstraße gefordert
Verkehrsbelastung für Alsfeld bestimmt schon Schlagzeilen vor 30 Jahren.

► Seite 16



Guten Morgen

(fm). Die junge Frau vor der Fahrstuhltür war sichtlich enttäuscht. Bis hinauf zum 13. Stock redete sie auf ihren Begleiter ein. Der hatte keine Chance, die Aufgeregte zu besänftigen. Zudem war ihr Wortschwall mit Selbstvorwürfen gespickt. „Was tun?“, fragte ich mich als unfreiwilliger Ohrenzeuge während der relativ langen Lift-Fahrt. Einfach weghören und ein unbeteiligtes Gesicht machen? Den Fahrstuhlspiegel anstarren, als gäb's im Moment keine größere Attraktion? Oder ungefragt einen lockeren Einwurf riskieren, um die Dame abzulenken? Nicht ganz einfach, wenn sich aus der Schimpferei kein klares Bild gewinnen lässt. Das Wort „Dutzend“ war mehrmals gefallen und die Aussage, „dass es im Englischen doch auch kleingeschrieben“ würde. Plötzlich war klar: Die Frau ärgerte sich tierisch, dass sie in einem Bewerbungs-Diktat „Dutzende“ mit kleinem Anfangsbuchstaben geschrieben hatte. Im Nachhinein erschien ihr das als ein schwerer Rechtschreib-Fehler. „Das kann aber auch richtig sein“, hörte ich mich plötzlich murmeln. „Bei all den Reformen weiß doch der künftige Chef wohl selbst nicht, wie dieses Wort als Mengenangabe korrekt geschrieben wird.“ Prompt hellte sich die Miene der jungen Frau auf. Und als sie mir beim Weggehen noch zulächelte, stand für mich fest: Die jahrzehntelange Reformerei hat doch auch ihre guten Seiten

Die Redaktion

ALSFELD



Messe verschoben

Bulldog-Messe wird wegen Corona ins nächste Jahr verlegt.

► Seite 14

ROMAN

Den Roman finden Sie auf

► Seite 24

SUDOKU



► Seite 17

SCHULZEIT



► Seite 18

REDAKTION

E-Mail
redaktion-oz@vrm.de
sport-oz@vrm.de

Telefon

Lokalredaktion
Andreas Ungermann (au) (Leitung) 06631 / 96 69-10
Christian Dickel (cdc) -12
Christine Heil (d) -17
Benjamin Gössl (beg) -18
Volker Lehr (lh), Lokalsport -15

Redaktion Sonderthemen

Elisabeth Wagner (ewa) 06631 / 96 69-71
Nina Graupner (ng) -78

Zeitung online:
www.oberhessische-zeitung.de

A49: Gewerkschaft für Einsatzstopp

Jens Mohrherr von hessischer Polizeivertretung sieht Kollegen an Belastungsgrenze / Unwägbarkeiten wegen steigender Corona-Zahlen

Von Benjamin Gössl

VOGELSBERGKREIS. Es sind viele Fronten, an denen die hessische Polizei gefordert ist. Nicht zuletzt bei dem Großeinsatz zur Räumung des Herrenwaldes und des Dannenröder Forstes für den geplanten Bau der A 49. Hunderte Polizisten sind täglich im Einsatz – und das bei steigenden Corona-Infektionszahlen. Jens Mohrherr, stellvertretender Vorsitzender der hessischen Gewerkschaft der Polizei, spricht im Interview über die Schwierigkeiten bei Großeinsätzen, die Beamten ausreichend vor Infektionen zu schützen. Mohrherr sieht die Polizei an einer personellen Belastungsgrenze. Die Gewerkschaft habe die politischen Verantwortlichen deswegen schon im Vorfeld ersucht, unter anderem die Großlage „Räumung A49“ auszusetzen – bislang erfolglos.

Im Interview

Geplanter Castor-Transport nach Biblis, Durchsetzung der Corona-Auflagen und Gesundheitsschutz sowie die Großlage bei der Räumung der Wälder in Stadtallendorf und Dannenrod. Wie steht die Gewerkschaft der Polizei vor dem Hintergrund stark steigender Corona-Infektionen zu diesen Einsätzen?

Wir hätten es gerne gesehen, wenn die beiden angesprochenen Großlagen außerhalb der Corona-Pandemie stattgefunden hätten. Hierzu haben wir auch den hessischen Innenminister beraten. Allerdings hat die Polizei im Rahmen ihrer Tätigkeiten nicht die Wahl, bestimmte Maßnahmen „ausfallen“ zu lassen. Auch nicht wegen oder gerade in einer Pandemie. Neben den Ordnungsbeamten hilft auch die Polizei bei der Durchsetzung der Corona-Regeln, soweit dies personell möglich ist.

Der Transport der sechs Behälter mit hoch-radioaktivem Müll aus dem britischen Sellafield war zunächst für das Frühjahr geplant. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde er im März aber auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Bundesinnenministerium hielt den notwendigen Polizeieinsatz nicht für verantwortbar.

Bei vergangenen Castortransporten waren Tausende Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet im Einsatz. Wir fordern als Gewerkschaft der Polizei die Verschiebung dieses Einsatzes. Der Gesundheitsschutz muss Priorität haben. Und die Zahlen derzeit sind zudem höher als im März 2020.

Die Gewerkschaft der Polizei in Hessen sieht die hessische Polizei mit den drei skizzierten Lagefeldern, Castor-Transport, Durchsetzung der Corona-Auflagen und dem Ausbau der A 49 und den damit verbundenen zusätzlichen Einsatzmaßnahmen an einer personellen Belastungsgrenze. Daher werden wir beim Ausbau der A 49 durch benachbarte Bundesländer und der Bundespolizei mit massiven Kräften unterstützt. Pikanterie: Auch die müssen den Nukleartransport begleiten und haben zudem selbst Einsatzschwerpunkte zu bewältigen. Mit Blick auf die Hausbesetzerzene und den damit verbundenen Häuser-Räumungen in Berlin wurde das in den letzten Wochen deutlich.

Die steigenden Infektionszahlen bedingen mehr Kontrollen. Wie empfinden die Polizeikräfte die Stimmung gegenüber den Beamten?

Wir beobachten mit Sorge die steigenden Infektionszahlen innerhalb Deutschlands und in Hessen, zudem die vielen Hotspots. Die Polizeibeschäftigten haben seit Beginn der Corona-Pandemie einen herausragenden Dienst geleistet und wir haben dank kluger Entscheidungen gemeinsam mit der Polizeiführung dafür Sorge getragen, das Infek-



Ginge es nach der Gewerkschaft der Polizei, sollte der Großeinsatz im Herrenwald ausgesetzt werden.
Archivfoto: Berghöfer

tionsrisiko weitestgehend zu minimieren. Hinzu kam, dass wir eigene Testmöglichkeiten bei Verdachtsfällen durch den Polizeiarztlichen Dienst schnell zur Verfügung hatten. Dies begünstigte natürlich ein schnelles Reagieren bei Infektionen und dann anschließend bei notwendigen Quarantänemaßnahmen.

Die Stimmung innerhalb der Gesellschaft kippt gerade, das ist nichts Neues. Allerdings geraten unserer Kollegen damit immer häufiger in den Fokus derer, die die Pandemie leugnen oder sich nicht um die Gesundheit anderer „sche-



Jens Mohrherr

ren“! Neben körperlicher Gewalt, die wir im Dienst erleiden müssen, nehmen ansprechen und anhusten besonders meiner Kollegen zu. Gewalt gegen Polizeibeschäftigte entwickelt sich der Pandemie besorgniserregend. Und kleinste Anlässe, wie beispielsweise das Kontrollieren der Identität reichen aus, um als Polizist angegriffen zu werden.

Konkret zu den Rodungsarbeiten in Dannenrod und Stadtallendorf, hier werden hunderte Polizisten täglich eingesetzt. Wie bewerten Sie die Sicherheit der Beamten und Aktivisten bei den steigenden Corona-Zahlen?

Wir haben mit der Polizeiführung ein Hygienekonzept beraten, welches durch die Universitätsklinik in Frankfurt durch namhafte Mediziner mitkonzipiert wurde. Das ist die eine Seite. Aber: Für diese Pandemie gab es noch keine Blaupause. Das bedeutet, dass wir nicht gänzlich zu 100 Prozent dafür vertrauen können, dass alle Hygieneregeln greifen. Der nahende Winter, Feuchtigkeit und Kälte tun auch ohne Pandemie ihr übriges. Bedeutet: Infektionskrankheiten sind im Herbst und Winter immer an der Tagesordnung. Der Einsatz im Wald und der Kontakt mit denjenigen, die den Wald besetzen, bedeuten ein hohes Infektionsrisiko für meine Kollegen. Auch die Tatsache, dass in einem Mannschaftswagen mehrere Beamte gemeinsam sitzen – trotz Maske – lässt nichts

Gutes erahnen.

Gibt es in den Überlegungen ein Ausstiegsszenario aus den Rodungsarbeiten – ab welcher Zahl der Infektionszahlen oder Inzidenz in/an den Einsatzorten wäre ein sicherer Einsatz nicht mehr gewährleistet?

Klares Nein dazu vom Innenminister. Aber: Wir haben keine Erfahrung, nicht in Hessen, nicht bei der deutschen Polizei, was es bedeutet, wenn die Pandemie ganze Polizeireviere und Polizeistationen lahmlegt, weil die dort arbeitenden Menschen in Quarantäne müssen! Wir als Polizei müssen auf jeden Fall die Grundsicherung der Bevölkerung unter allen Umständen gewährleisten. Daher haben wir auch die politischen Verantwortlichen dringend ersucht, zusätzliche Kontrolltage oder eben diese beiden Großlagen auszusetzen.

Ihre Gewerkschaftskollegen plädieren in einem Online-Artikel der Süddeutschen Zeitung für eine Absage des Castor-Transportes, unter anderem wegen der zahlreichen Einsatzlagen und der hohen Infektionszahlen. Wie bewertet die Polizeigewerkschaft den Einsatz bei den Rodungen. Wäre ein Stopp oder eine Unterbrechung der Rodungsarbeiten auch denkbar? Welche Bedingungen müssten dafür erfüllt sein?

Was für den Nukleartransport gilt – hat für den Ausbau der A 49 auch Gültigkeit. Mehr als 40 Jahre wurde hier geplant. Wenn sich die Infektionszahlen exorbitant entwickeln und wir in ein unkalkulierbares Risiko laufen, ist die Politik am Zug! Polizisten gibt es nicht auf dem Arbeitsmarkt, die müssen drei Jahre lang studieren. Der Rechtsstaat kapituliert aus meiner Beurteilung nicht, wenn er mit Sorge seine Staatsdiener schützt, damit die polizeiliche Grundsicherung aufrecht hält und den Ausbau verschiebt. Durch die bereits erwähnte Unterstützung der Bundespolizei und der benachbarten Bundesländer stehen im Übrigen Menschen aus vielen Risikogebieten Deutschlands möglicherweise in Polizeiketten, dicht an dicht! Was, wenn? Ein Projekt wie die A 49, nach über 40 Jahren Planung, muss nicht mit aller Gewalt bis zum Jahreswechsel beendet sein, und dies auf Kosten der Ge-

sundheit von Menschen, also unseren Einsatzkräften.

Wie werden die eingesetzten Beamten im Einsatz und bei der Unterbringung geschützt?

Ich nehme hier Bezug auf das Hygienekonzept und die Tatsache, dass derzeit das Infektionsgeschehen bei der hessischen Polizei zwar ansteigt, dennoch keine messbaren Einschnitte mit sich bringt. Dies kann sich natürlich mit Blick auf die Jahreszeit Herbst/Winter schnell ändern. Die zur Verfügung stehende Bundeswehr-Liegenschaft in Stadtallendorf ist kein fünf Sterne Hotel. Hier musste zunächst neben Wasser und Strom eine Infrastruktur aufgebaut werden, um wenigstens den Kollegen einen Rückzugsraum zum Ver- und Entsorgen bereit zu stellen.

Der körperliche Schutz gegen Angriffe wird durch die individuell zur Verfügung stehende Schutzausstattung begegnet. Dennoch ist damit zu rechnen, dass die Gewaltbereitschaft zunehmen wird. Immer dann, wenn Dunkelheit im Spiel ist, wird es brenzlig. Es hat schon massive Angriffe auf Polizeifahrzeuge und damit Kollegen gegeben, zum Glück gab es noch keine nennenswerten schweren Verletzungen in unseren Reihen. Aufgrund der defizitären Personalausstattung brauchen wir auch Pausen von Diensten und Einsätzen. Das wird leider nur schwer möglich sein. Darüber muss sich die Polizeiführung und die Politik im Klaren sein!

Wir möchten keine Vorfälle wie in den 1980ern an der Startbahn West. Dort wurden im Schutz des Waldes und der Dunkelheit zwei Kollegen hinterhältig ermordet.

Sind die ergriffenen Schutzmaßnahmen aus Ihrer Sicht ausreichend? Falls nicht, wo besteht Korrektur- oder Verbesserungsbedarf?

Besser geht immer! Wir sind es als Polizeibeschäftigte schon gewohnt, mit Provisorien und Entbehrungen klarzukommen. Was die Kollegen in Stadtallendorf in den ersten Wochen an Logistik nachgeführt haben, war einerseits absolut notwendig, andererseits sollte vieles davon eigentlich von Beginn an Standard sein. Im Kleinen: Wenn wie derzeit der Regenschutz für die hessischen Beamten nicht umfänglich vorhanden ist und mit Poollösungen gearbeitet werden muss, haben insbesondere in Pandemiezeiten einige ihre Hausaufgaben nicht gemacht! Wer möchte gerne einen Regenschutzponcho tragen, den kurz zuvor ein anderer Kollege ausgezogen hat?

Die Versorgung mit warmen Mahlzeiten insbesondere in der kalten Jahreszeit muss durchgängig gewährleistet sein. Hier gab es anfängliche Probleme. Es rächt sich, wenn einstige Infrastrukturen wie beispielsweise funktionierende Polizeiküchen geschlossen wurden. Angemessene Freischichten und Ruhepausen müssen flächendeckend möglich sein, die Gesundheit der eingesetzten Kollegen darf nicht zu kurz kommen.

Sind Ihnen bereits Infektionsfälle bei den eingesetzten Beamten bekannt?

Durch ein kluges und funktionierendes Monitoring seit Beginn der Pandemie haben wir wöchentlich ein entsprechendes Lagebild. Wenn sich Beschäftigte im Dienst angesteckt haben, versuchen wir durch entsprechendes Reagieren gegenzusteuern. Großes Unverständnis gab es aber bereits schon in einem Fall, als einem Kollegen die Anerkennung des Dienstunfalles nach einer Ansteckung negativ von der zuständigen Stelle beschieden wurde. Hier erwarten wir eine klare Reaktion der Politik. Es kann und darf nicht sein, dass Polizeibeamte nach Infektionen im Dienst „im Regen“ stehen gelassen werden. Fürsorge und Dankbarkeit sieht anders aus.